

HAMBURG – STARK UND SOLIDARISCH IN DER KRISE

DIE BEVORSTEHENDEN HERAUSFORDERUNGEN SIND GROSS, ABER HAMBURG IST STARK UND STEHT ZUSAMMEN.

Von Andreas Dressel, Finanzsenator

Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die sich daraus ergebende Energiekrise haben Hamburg erreicht. Die Zahlen der Geflüchteten (nicht nur aus der Ukraine) haben wieder das Niveau von 2015/2016 erreicht – eine Herausforderung für Unterbringung und Integration. Und wir sind gefordert, mit einem Energiesparplan für Hamburg mit einem Bündel von Maßnahmen einen wirksamen Beitrag zur Reduzierung des Energieverbrauchs in Hamburg zu leisten – die ersten Zahlen zeigen, die Hamburgerinnen und Hamburger machen mit, gut so!

Mit den Entlastungspaketen I und II hat unsere Bundesregierung erste wichtige Unterstützungen für die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gebracht – und mit dem 9 Euro Ticket einen Riesenerfolg erzielt, über

dessen Weiterentwicklung nun im Rahmen des Entlastungspakets III gerungen wird. Hamburg leistet bei alledem solidarisch seinen Beitrag – auch finanziell, in signifikanter dreistelliger Millionenhöhe über die nächsten Jahre. Ergänzend zu den Entlastungspaketen des Bundes wird der Hamburger Senat die Voraussetzungen schaffen, seine ergänzenden Maßnahmen auch in einer Art Hamburger Entlastungspaket zu bündeln. Hamburg kann das aus einer Position der Stärke tun: Hamburg ist – auch mit einem leistungsstarken Corona-Schutzschirm – wirtschaftlich und finanziell insgesamt gut durch die Corona-Krise gekommen. Diese wichtigen Erfahrungen gilt es auch in der aktuellen Krisenbewältigung zu nutzen. Auf Basis des gut aufgestellten Haushalts 2023/2024 können wir zusagen: Wir wollen unsere Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen gut durch den

Winter und die Krise bringen. Wir werden Härten abfedern und sicherstellen, dass insbesondere die soziale, kulturelle und sportliche Infrastruktur der Stadt ihre unverzichtbaren Aufgaben auch in Krisenzeiten wahrnehmen kann. Auch die Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge müssen in einer Energiekrise funktionieren. Hierzu bereiten wir aktuell Nachbewilligungen in dreistelliger Millionenhöhe vor: Neben einem Härtefallfonds für Bedürftige wird es behördenbezogen weitere Verstärkungen und Unterstützungen geben – von Sport über Soziales bis zur Kultur.

Beim Härtefallfonds orientieren wir uns am Vorbild von Niedersachsen: Dieser soll gemeinsam mit den Versorgern eingerichtet werden und subsidiär greifen, um Versorgungssperren zu vermeiden und damit auch wirklich niemand plötzlich im Kalten sitzt. Und bei der sozialen, sportlichen und kulturellen Infrastruktur gilt für uns: Kein Haus der Jugend, kein Sportverein, kein Theater soll schließen müssen, weil es die Heizrechnung nicht zahlen kann! Wie bei den Corona-Hilfen gilt es dabei, Bundes- und Landesunterstützungen gut abzustimmen und Doppelförderungen zu vermeiden. Und natürlich wollen wir auf eine angemessene Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern hinwirken. Noch gerechter wäre es natürlich, man könnte die Krisengewinnler über eine echte Übergewinnsteuer dafür heranziehen – dagegen sträubt sich leider noch die FDP. In Hamburg helfen uns aktuell positive Sondereffekte wie die Hapag-Lloyd-Dividende oder der Verkaufserfolg bei der HSH Portfoliomanagement – hier hat sich unsere jeweilige Strategie zum Halten der Beteiligung bei Hapag Lloyd bzw. zum rechtzeitigen Verkauf der ehemaligen HSH Portfolien buchstäblich ausgezahlt.

Unser Haushalt 2023/2024 stellt in der Krise die Weichen richtig: mit der Ausfinanzierung städtischer Kernfunktionen bei Schule, Polizei, Justiz und Bürgerservice in den Bezirken sowie der Nachwuchsgewinnung. Gleichzeitig kümmern wir uns um die wichtigen Zukunftsthemen der Stadt, geben rund zwei Milliarden Euro im Doppelhaushalt für Klimaschutz und klimagerechte Mobilität aus – ein Rekordwert und gerade jetzt wichtig, um die erneuerbaren Energien voranzubringen. Nach der Corona-Krise können wir daher stark und solidarisch auch durch den nächsten Winter und die nächste Krise gehen – das macht Mut!

Andreas Dressel ist
Finanzsenator und
Kreisvorsitzender der
SPD Wandsbek





Liebe Genossinnen und Genossen,

der Sommer neigt sich nun dem Ende zu und hinter uns liegen ereignisreiche Monate. Der außergewöhnlich heiße Sommer brachte zwar schöne und sonnige Tage, jedoch auch Hitze, Trockenheit und Waldbrände mit sich. Der anhaltende Krieg in der Ukraine und die daraus resultierende Energiekrise erweisen sich weiterhin als große Herausforderung. Die Bundesregierung hat inzwischen ein drittes Entlastungspaket zusammengestellt, das von Bundeskanzler Olaf Scholz Anfang September vorgestellt wurde. Dieses Paket entlastet jetzt auch Rentner:innen, Studierende und Familien merklich und wird einen wichtigen Teil zur Bewältigung der Krise beitragen.

Gleichzeitig brachte der Sommer auch viel Schönes mit sich. Es freute uns sehr, dass es die Corona-Situation zuließ, dass unsere Aktionen und Treffen weiterhin in Präsenz stattfinden konnten. So war unser Hoffest im Kurt-Schumacher-Haus im August für uns alle ein besonderer Anlass! Wir durften den Generalsekretär Kevin Kühnert als Ehrengast bei uns willkommen heißen und freuten uns, dass fast 400 Genossinnen und Genossen und Gäste unser Hoffest besuchten. Auch gab uns das Fest die Gelegenheit, unsere Jubilare zu würdigen. Durch ihre jahrzehntelange Mitgliedschaft und ihre Unterstützung haben sie die SPD gestärkt, das Parteileben bereichert und sind zu einem festen, nicht wegzudenkenden Bestandteil unserer Partei geworden, weshalb wir ihnen auch an dieser Stelle nochmals ganz herzlich für ihr langjähriges Engagement danken wollen.

Wir wünschen euch allen einen guten Start in den Herbst, der dieses Jahr von einer für uns Sozialdemokrat*innen ganz bedeutenden Reform eingeläutet wird: Am 1. Oktober 2022 steigt der Mindestlohn endlich auf 12 Euro, womit wir als SPD eines unserer zentralen Wahlversprechen in die Tat umsetzen und für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sorgen konnten!

Herzliche Grüße, eure

Melanie Leonhard
Nils Weiland

Melanie Leonhard und Nils Weiland
SPD-Landesvorsitzende

ZEITENWENDE FÜR SOZIALDEMOKRATISCHE AUSSEN- UND EUROPAPOLITIK

Von Laura Frick, Mitglied des Landesvorstands

Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich das Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union gravierend verschlechtert. Die Antwort Deutschlands ist die von Bundeskanzler Olaf Scholz festgestellte Zeitenwende. In einem ersten Diskussionsforum, Anfang September, haben wir uns gemeinsam darüber ausgetauscht, wie sozialdemokratische Lösungen für die geopolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aussehen können.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung von Marcel Röthig, dem Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Ukraine. Er gab uns einen tiefgehenden Einblick in die aktuelle politische Situation vor Ort. Der russische Angriffskrieg beschäftigte uns dann auch in den anschließenden Workshops.

Dabei stellte Cornelia Schenke, Historikerin und Dozentin an der Führungsakademie Hamburg heraus, welche innenpolitischen und ideologischen Motive des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine existieren. Gleichwohl der Krieg in der Ukraine das bestimmende Thema ist, haben auch andere Entwicklungen Einfluss auf die europäische Sicherheitsarchitektur und mögliche weltpolitische Szenarien. Daher haben unser Bundestagsabgeordneter Metin Hakverdi und Liana Fix, Politikwissenschaftlerin und Programmleiterin bei der Körber-Stiftung, mit den Teilnehmenden Fragestellungen wie diese aufgeworfen: Was bedeutet die starke Zunahme von autokratischen Regierungen weltweit für demokratische Staaten? Machen wir derzeit die

gleichen Fehler mit China wie in der Vergangenheit mit Russland? Und welche Rolle spielen dabei die Beziehungen zwischen den USA und der EU?

Ob es der EU gelingt, sich in Zeiten zunehmender Spannungen auf der globalen Bühne Gehör zu verschaffen, hängt nicht zuletzt an ihrer Handlungsfähigkeit. Julian Plottka und Florence Reiter, die beide am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Passau forschen, gestalten daher einen Workshop zu möglichen institutionellen Reformen der EU – auch vor dem Hintergrund der Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten in die EU. Beides wurde vor kurzem von Olaf Scholz in seiner Europa-Rede in Prag angesprochen. Denn obwohl die Einigkeit der Mitgliedstaaten bei der Reaktion auf den Krieg in der Ukraine zunächst anhielt, zeigt sich, dass die bis heute stark durch die Nationalstaaten organisierte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik an ihre Grenzen stößt. Vor allem die Abschaffung der Einstimmigkeit zu Gunsten einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung ist zwar schon lange eine europapolitische Kernforderung der SPD, um sie Realität werden zu lassen, müssen wir in europäischen Bündnissen aber noch stärker werben.

Zu erwarten ist, dass der Krieg gegen die Ukraine zum Leidwesen der Ukrainer:innen noch anhalten wird. Der Krieg und seine Folgen sind für die Sozialdemokratie Mahnung und Auftrag zugleich, unsere Außen- und Europapolitik neu auszurichten. Dies hat auch das abschließende Panel mit Aydan Özoğuz und Niels Annen gezeigt.



Auf dem Podium diskutierten (v.l.n.r.): Julian Plottka, Florence Reiter (beide Universität Passau), Metin Hakverdi (MdB), Liana Fix (Körber Stiftung), Nils Weiland (SPD-Landesvorsitzender), Laura Frick (SPD-Landesvorstand), Cornelia Schenke (Führungsakademie der Bundeswehr). Nicht im Bild: Marcel Röthig (Friedrich-Ebert-Stiftung, Kyiv), Aydan Özoğuz (MdB), Niels Annen (MdB)

Berlin direkt

ENERGIENOTLAGE ABWENDEN, KLEINE EINKOMMEN SCHÜTZEN

Von Metin Hakverdi, MdB

Der Krieg in der Ukraine bestimmt die Nachrichten und auch die Politik. Wir müssen uns an die Tatsache gewöhnen, dass die von Olaf Scholz in seiner richtungsweisenden Bundestagsrede beschriebenen Zeitenwende für uns alle einen Abschied bedeutet. Über die vergangenen Jahrzehnte hat sich in Europa und der Welt eine Sicherheitsarchitektur entwickelt, die durch den Krieg in der Ukraine in ihren Grundfesten erschüttert wurde. Für Deutschland ergeben sich aus dieser Situation Verantwortlichkeiten, die bisher so noch nie gefordert waren. Wir müssen uns unserer historischen Verantwortung stellen und an der Errichtung einer neuen Sicherheitsarchitektur mitwirken.

Praktisch gesehen stehen wir vor der Herausforderung, eine Energienotlage im Herbst und Winter mit allen Kräften zu verhindern. Jeder Kubikmeter Gas, den wir nicht aus Russland importieren müssen, ist ein kleiner Erfolg. Überdies müssen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür sorgen, dass weder Betriebe zum Stillstand kommen, noch dass die Menschen in unserem Land in finanzielle Bedrängnis geraten. Gerade die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit kleinen Einkommen haben unseren besonderen Schutz verdient.

Der Krieg berührt auch unser Verhältnis zu China. Wie wir mit autokratischen Staaten umgehen, ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Dabei ist entscheidend, dass unsere Position beim Thema Menschenrechte unmissverständlich bleibt. Darüber hinaus besteht die Herausforderung darin, bei wichtigen Lieferketten, die etwa Rohstoffe oder Medikamente betreffen, Unabhängigkeit von China und anderen autokratischen Staaten zu erreichen, damit wir weniger erpressbar sind. Trotzdem muss es unsere Aufgabe sein, weltweit freien Handel und eine gerechte internationale Arbeitsteilung so weit es geht aufrechtzuerhalten, da sie eine wichtige Grundlage unseres Wohlstandes sichern.

Als wäre diese Gemengelage nicht schon komplex genug, kommt zu den diplomatischen und volkswirtschaftlichen Fragen im Umgang mit autokratischen Staaten noch deren Rolle beim Erreichen internationaler Klimaziele. Es muss gelingen, CO₂-Obergrenzen und verbindliche Einsparpläne auch für jene Staaten verbindlich zu machen, die nicht zu den natürlichen Partnern Deutschlands und der EU gehören. Denn verhandelbar ist der Klimawandel heute schon lange nicht mehr. Er ist vielmehr täglich erlebbare Realität.



Foto: Metin Hakverdi

Es ist deswegen unsere dringende Aufgabe, die Klimaziele zu erreichen, auch wenn sie hoch gesteckt sind. Die Ausbaupläne für die Windenergie zum Beispiel sind so ehrgeizig, dass bei Ihrer Umsetzung schlicht nichts schiefgehen darf. Die finanziellen Anstrengungen, die hinter dieser Transformation der Wirtschaft stehen, brauchen eine gerechte Verteilung.

Die Transformation der Wirtschaft setzt jedoch auch Chancen frei. Der Arbeitsmarkt etwa kann profitieren – er spaltet sich seit Jahren jedoch auf in hoch- und geringqualifizierte Jobs, und die beiden Welten driften stetig auseinander. Es ist die Aufgabe von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, jenen Menschen die Teilhabe an diesem neuen Arbeitsmarkt zu ermöglichen, denen die Fähigkeiten fehlen, um in der sich wandelnden Arbeitswelt bestehen zu können.

HOFFEST ZUM 65. „KUSCHU“-JUBILÄUM

IN DIESEM JAHR FEIERTE DAS GESCHICHTS- UND TRADITIONSREICHE KURT-SCHUMACHER-HAUS IN ST. GEORG EIN GANZ BESONDERES JUBILÄUM. UND FAST 400 GÄSTE FEIERTEN MIT! FÜR ALLE, DIE NICHT DABEI SEIN KONNTEN, HIER EIN PAAR IMPRESSIONEN VOM „KUSCHU“-FEST.



Fotos: SPD Hamburg

UNTERSTÜTZUNG UND INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN DURCH DISTRIKTE DER SPD HAMBURG

Auf eine große Verabschiedung hatte unsere Kollegin Sylvia Mittelstädt im Mai bewusst verzichtet – stattdessen wurde Geld für Distriktsprojekte bereitgestellt. Ihr habt Veranstaltungen oder Projekte in Arbeit, die Flüchtlinge (egal welcher Herkunft) dabei helfen, sich zurechtzufinden und zu integrieren? Schreibt uns über das, was Ihr tut/plant: Was ist Euer konkretes Ziel? Wie sprecht Ihr die Menschen an? Was sind Eure Erfahrungen? Eure Vorhaben möchten wir gern auch finanziell etwas unterstützen – also meldet Euch gern per Mail unter kerstin.bake-voelsch@spd.de

WERNER LOEWE (18.05.1941 - 12.09.2022)

Wir trauern um unseren Freund Werner Loewe, der nach langer Krankheit in diesen Tagen verstarb. In den über 5 Jahrzehnten seiner Mitgliedschaft in unserer Partei hat „Loewe“ ihr in den unterschiedlichsten Funktionen gedient. Er war drei Legislaturen lang (1978-1986) Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft und über 20 Jahre lang (1990-2002) Landesgeschäftsführer der SPD Hamburg.

2002-2006 war er Verlagsleiter im vorwärts Verlag und Redakteur des Vorwärts und auch danach noch lange Mitarbeiter der Vorwärts-Redaktion.

Daneben engagierte er sich über viele Jahre hinweg als Mitglied im Vorstand der Baugemeinschaft Besenbinderhof e.V.

Wir werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Kerstin
Bake-Völsch

Redaktion:
Sebastian Jahnz

Satz und Gestaltung:
Janina Demiana Roll
hamburg-designsache.de

Redaktionsschluss für
die kommende Ausgabe
15. November 2022

Anschrift:
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg

E-Mail:
sebastian.jahnz@spd.de